

# „Absolute Dummheit“ – Selenskyj empört über russischen Angriff auf Kulturzentrum

Stand: 06:59 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Klaus Geiger**  
Ressortleiter Außenpolitik

Bei einem Raketenangriff auf ein Kulturzentrum sind nach ukrainischen Angaben acht Menschen verletzt worden, darunter ein Kind. Die Botschafterin in den USA sagt, dass der Ukraine-Krieg deutsche außenpolitische Grundannahmen „pulverisiert“ habe. Ein Überblick.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat Russland für einen Raketenangriff auf ein Kulturzentrum im Osten des Landes mit acht Verletzten verantwortlich gemacht. Bei dem Beschuss in der Stadt Losowa im Gebiet Charkiw sei auch ein elf Jahre altes Kind verletzt worden, schrieb das Staatsoberhaupt am Freitagabend im Nachrichtenkanal Telegram.

„Die Besatzer haben Kultur, Bildung und Menschlichkeit als ihre Feinde identifiziert“, meinte Selenskyj. Solche Angriffe seien eine „absolute Dummheit“ und „Boshaftigkeit“. Selenskyj veröffentlichte auf seinem Account ein Video, das einen Raketeneinschlag zeigte. Danach war eine riesige Rauchwolke zu sehen.

Selenskyj brachte außerdem einen Fonds ins Gespräch gebracht für Entschädigungszahlungen an Länder, die etwa unter russischen Angriffen leiden. Gemeinsam mit anderen Partnerländern müsse ein Mechanismus entwickelt werden, „damit jeder, der unter Russlands Handeln gelitten hat, eine Entschädigung für alle Verluste erhalten kann“, sagte das Staatsoberhaupt in einer in der Nacht zum Samstag veröffentlichten Videoansprache. Das könne in einem „multilateralen Abkommen“ geregelt werden.

Selenskyj schlug vor, russisches Kapital und Eigentum im Ausland einzufrieren oder zu beschlagnahmen und diesem neuen Fonds zuzuführen. „Das wäre gerecht“, meinte Selenskyj. Russland würde so das „wahre Gewicht jeder Rakete, jeder Bombe, jedes Projektils zu spüren bekommen, das es auf uns abgefeuert hat“. Die Kriegsschäden in der Ukraine gehen

Schätzungen zufolge schon jetzt in die Hunderte Milliarden Euro. Russland hatte Ende Februar seinen Angriff auf das Nachbarland Ukraine begonnen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte am Donnerstag im ZDF gesagt, die Europäische Union prüfe Möglichkeiten, eingefrorene Vermögen russischer Oligarchen zur Finanzierung des Wiederaufbaus der Ukraine nach dem Krieg zu verwenden. Dadurch könne Russland nach dem Krieg einen Beitrag zum Wiederaufbau leisten, so die Kommissionspräsidentin.

Die deutsche Botschterin in den USA, Emily Haber, hat schwere Fehleinschätzungen der Bundesrepublik in der Russland-Politik eingefäumt. Die Strategie der gegenseitigen Abhängigkeit sei durch den Ukraine-Krieg „pulverisiert“ worden, sagte Haber im US-Nachrichtensender CNN. Über Jahrzehnte habe Deutschland seine Politik auf der Annahme basiert, dass gegenseitige Abhängigkeit zu Stabilität führe.

„Das war, wenn Sie so wollen, unsere Erfahrung mit Blick auf die DDR und mit der Wiedervereinigung sogar mit Blick auf den Zusammenbruch des Sowjetreichs“, sagte Haber. „Nun sehen wir aber, dass gegenseitige Abhängigkeit auch zu Verletzlichkeit führen kann. Unsere Annahme ist also tatsächlich pulverisiert worden.“ Die Botschafterin sagte, der Westen müsse geeingt sein in seiner Kommunikation gegenüber Wladimir Putin. „Wir wissen sehr wenig über die Dynamiken in Putins innerstem Zirkel“, sagte Haber.

Am Freitagabend hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow erklärt, dass das Stahlwerk Azovstal in Mariupol nach Wochen blutiger Kämpfe unter russischer Kontrolle sei. Alle Kämpfer hätten sich ergeben. Es seien insgesamt 2439 ukrainische Soldaten seit dem 16. Mai in russische Gefangenschaft gekommen. Das Werk war das letzte Stück der strategisch wichtigen Stadt im Südosten der Ukraine, das noch nicht komplett unter russische Kontrolle gewesen war.

Verteidigungsminister Sergej Schoigu selbst habe Präsident Wladimir Putin über die „vollständige Befreiung des Werks und der Stadt Mariupol“ berichtet, sagte Konaschenkow. Der Einsatz russischer Soldaten sei damit nun abgeschlossen worden.

Russische Truppen hatten mit der Belagerung von Mariupol bereits kurz nach ihrem Einmarsch in die Ukraine Ende Februar begonnen. Bilder einer zerstörten Geburtsklinik gingen um die Welt. Wochenlang harrten Zivilisten in Kellern aus, selbst Trinkwasser fehlte in der umkämpften Stadt. Erst nach vielen gescheiterten Anläufen wurden Zivilisten aus der Stadt evakuiert. Zuletzt konzentrierten sich die russischen Angriffe auf das Stahlwerk, in dessen weitläufigen Kellern sich die letzten Verteidiger der Stadt verschanzt hatten.

Am Freitag kam nach Angaben des Ministeriums die letzte Gruppe von 531 Kämpfern in Gefangenschaft, hieß es in der Mitteilung des Ministeriums. Die Industriezone war seit dem 21. April von russischen Truppen blockiert gewesen. Der Kommandeur des Asow-Regiments sei in einem speziellen gepanzerten Fahrzeug abtransportiert worden.

Noch Stunden zuvor hatten die verbliebenen ukrainischen Verteidiger des Stahlwerks am Asowschen Meer erstmals erklärt, dass sie einem Befehl ihrer Armeeführung zufolge die Verteidigung der Stadt einstellen sollen. Das erklärte der Kommandeur des umstrittenen Nationalgarderegiments „Asow“, Denys Prokopenko. Damit sollten Leben und Gesundheit der Soldaten der Garnison geschützt werden.

Am Montag hatten sich bereits die ersten 264 Soldaten ergeben, darunter über 50 Schwerverletzte. Nach russischen Angaben kamen am Donnerstag weitere in Gefangenschaft. Die Kommandeure und einige Kämpfer hatten bis zuletzt die Stellung gehalten. Insgesamt wurde in Moskau stets von rund 2500 ukrainischen Kämpfern ausgegangen. Die Regierung in Kiew hingegen hatte deren Zahl nur mit 1000 angegeben.

Bis zuletzt sprach die ukrainische Führung auch von einer „Rettungsoperation“ statt einer Kapitulation und stellte einen baldigen Gefangenenaustausch mit Russland in Aussicht. Die Asow-Kämpfer hatten immer wieder um Hilfe von den ukrainischen Streitkräften gebeten. Russland führt seit knapp drei Monaten einen Angriffskrieg gegen den ukrainischen Nachbarn.

Mit Mariupol kontrollieren die russischen Kräfte nun die komplette Küste des Asowschen Meeres. Damit könnten die von Russland anerkannten Separatisten-Republiken Luhansk und

Donzék formal eigenständig bleiben. Mit Mariupol haben sie den Zugang zu den Weltmeeren. Sie können nun über den gut ausgebauten größten Hafen am Asowschen Meer ihre Produktion unabhängig von russischen Landrouten auf dem kostengünstigen Wasserweg selbst exportieren.

Mariupol hat aber vor allem auch für das von Neonazis und Nationalisten gegründete und bis heute von ihnen dominierte Nationalgarde-Regiment „Asow“ eine große symbolische Bedeutung. Dem Gründungsmythos der Einheit nach befreite die Anfang Mai 2014 von Freiwilligen gegründete Einheit knapp einen Monat später die damals von prorussischen Separatisten kontrollierte Hafenstadt. In dem nun wochenlangen Kampf um die Stadt betonten Ukrainer immer wieder: Wenn Mariupol gerettet werde, dann werde die Ukraine gerettet.

„Asow“ hatte zuvor bereits seine Basis bei der benachbarten Hafenstadt Berdjansk verloren. Da Mariupol nun auch noch gefallen ist, gilt dies als Niederlage des Kerns der von den russischen Truppen mit besonderer Härte bekämpften Einheit. Russland feiert dies als einen großen Teilsieg in seinem Angriffskrieg auf die Ukraine.

Der beharrliche Widerstand in Mariupol gegen die russische Invasion sorgte lange dafür, dass nach ukrainischen Angaben eine russische Gruppierung von etwa 14 000 Soldaten mit schwerer Technik gebunden war. Mit dem Fall der Hafenstadt wird diese nun frei. Die Soldaten könnten für die seit Langem erwartete russische Offensive in Richtung Slowjansk und Kramatorsk das entscheidende Übergewicht bringen.

AFP/AP/dpa/Reuters/kg

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238894999>